V-33-111: Antisemitismus in der Gesellschaft entgegentreten, jüdisches Leben ernstnehmen - Für wirklich Inklusive Hochschulen!

Antragsteller*innen Daniel Eliasson (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf)

Von Zeile 111 bis 112:

- ~~Das Land Berlin bekennt und verpflichtet sich, an der IHRA Definition festzuhalten und diese im Zuge allen politischen Handelns beizubehalten und mitzudenken.~~
- Das Land Berlin bekennt sich zur IHRA-Definition gegen Antisemitismus und wendet diese an relevanten Stellen, insbesondere aber in der Justiz und im Bildungsbereich, konsequent an.

Begründung

Die IHRA-Definition ist kein Werk für die Ewigkeit, eine Verpflichtung daran festzuhalten ist nicht richtig. Ein Bekenntnis ist ein besseres Instrument. Als Arbeitsdefinition ist die IHRA-Definition aber wichtig, insbesondere in der Justiz, aber auch in der Bildung. Das sollte hier präzisiert werden.

Unterstützer*innen

Gülsah Bayar (KV Berlin-Mitte), Birgit Vasiliades (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Tobias Gürster (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), André Stephan (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Ulrike Kipf (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Jonathan Morsch (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Johanna Martens (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Alexander Kräß (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf)